

☒ Zutreffendes ankreuzen!

**Markt Arnstorf**  
Marktplatz 8  
**94424 ARNSTORF**

PLZ, Ort, Datum

94424 Arnstorf, 08.06.2021

Telefon Durchwahl (NbSt.)

08723 96 10 18

Telefax

- 44

Sachbearbeiter/in

Herr Flexeder

Zimmer-Nr.

110

Aktenzeichen (Bitte immer angeben!)

Piratenpartei Landesverband Bayern  
Schopenhauer Str. 71  
80807 München

### Ausnahmegenehmigung

- ☒ über das Anbringen öffentlicher Anschläge  
☐ zur Darstellung durch Bildwerfer  
gemäß Art. 28 Landesstraß- und Verordnungsgesetz  
(LStVG) i. V. mit der Plakatierungsverordnung

Sehr geehrte(r) Antragsteller(in), die oben genannte Behörde erteilt  
auf Widerruf folgende Ausnahmegenehmigung

Ihr Antrag vom:

19.09.2021

Name, Vorname des Antragstellers

Reichardt Josef

Anschrift

Schopenhauer Str. 71  
80807 München

Firma/Veranstalter

Piratenpartei Niederbayern

☒ wird das Anbringen öffentlicher Anschläge (Plakaten, Zettel oder Tafeln) ☐ wird die Darstellung durch Bildwerfer

Anzahl

☒ mit

Plakaten

☒ ab dem 22.08.21

Datum

Uhrzeit

Uhrzeit

für die Veranstaltung am 26.09.2021

von

bis

erteilt.

Die Anschläge sind ☒ innerhalb einer Woche ☐ bis

Datum

Uhrzeit

zu beseitigen.

☒ Sofern die Anschläge auf öffentlichem Grund angebracht sind, gilt die Sondernutzungserlaubnis als erteilt.

3. Gründe

Ein besonderes Ereignis liegt vor. Das Orts- und Landschaftsbild oder ein Natur-Kunst- oder Kulturdenkmal wird nicht oder nur unwesentlich beeinträchtigt.

4. Auflagen

Die Auflagen zur Ausnahmegenehmigung sind der  
Anlage zu entnehmen. Diese ist Bestandteil des  
Bescheids.

Die Anschläge sind bis zur oben genannten Frist zu beseitigen.

5. Für diese Ausnahmegenehmigung wird eine  
Gebühr festgesetzt in Höhe von

0,00

Die Auslagen  
betragen

0,00

Gesamt-  
betrag

0,00

EUR

Die Kosten des Verfahrens trägt der / die Antragsteller(in).

Die örtliche und sachliche Zuständigkeit beruht auf dem LStVG in Verbindung mit Art. 3 Abs. 1 Nr. 2 des Bayerischen Verwaltungsverfahrensgesetzes in der derzeit gültigen Fassung.

Die Kostenentscheidung beruht auf Art. 1, 2, 6 und 13 des Kostengesetzes in Verbindung mit dem Kostenverzeichnis in der derzeit gültigen Fassung.

Die Rechtsbehelfsbelehrung auf der Rückseite ist Bestandteil dieser Ausnahmegenehmigung.

Ort, Datum

Arnstorf, 08.06.21



Verteiler:

1. Blatt weiß = Antragsteller(in)  
2. Blatt grün = Polizei  
3. Blatt blau =  
4. Blatt rosa = zur Akte



## Art. 28 LStVG Öffentliche Anschläge

- (1) <sup>1</sup>Zum Schutz des Orts- und Landschaftsbilds oder eines Natur-, Kunst- oder Kulturdenkmals können die Gemeinden durch Verordnung Anschläge, insbesondere Plakate, und Darstellungen durch Bildwerfer in der Öffentlichkeit auf bestimmte Flächen beschränken. <sup>2</sup>Dies gilt nicht für Werbeanlagen, die von der Bayerischen Bauordnung erfasst werden.
- (2) Wer vorsätzlich oder fahrlässig einer aufgrund des Absatzes 1 erlassenen Verordnung zuwiderhandelt, kann mit Geldbuße belegt werden.
- (3) Die Gemeinde kann die Beseitigung von Anschlägen, insbesondere Plakaten und von Darstellungen durch Bildwerfer in der Öffentlichkeit anordnen, wenn sie Rechtsgüter im Sinn des Absatzes 1 beeinträchtigen.

### Rechtsbehelfsbelehrung (Bayern):

Gegen diesen Bescheid können Sie Klage erheben. Die Klage müssen Sie innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe dieses Bescheids bei dem **zuständigen Bayerischen Verwaltungsgericht\*** schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle dieses Gerichts erheben. In der Klage müssen Sie den Kläger, den Beklagten und den Gegenstand der Klagebegehrens bezeichnen, ferner sollen Sie einen bestimmten Antrag stellen und die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel angeben. Die Klageerhebung in elektronischer Form (z. B. E-Mail) ist unzulässig. Der Klageschrift sollen Sie diesen Bescheid in Urschrift oder Abschrift beifügen. Der Klage und allen Schriftsätzen sollen Sie Abschriften für die übrigen Beteiligten beifügen.

### Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

Das Widerspruchsverfahren wurde in diesem Rechtsbereich abgeschafft. Es besteht keine Möglichkeit, gegen diesen Bescheid Widerspruch einzulegen. Kraft Bundesrecht ist bei Rechtsschutzanträgen zum Verwaltungsgericht grundsätzlich ein Gebührevorschuss zu entrichten.

#### \* Zuständiges Bayerisches Verwaltungsgericht für den Regierungsbezirk:

**Oberbayern:** 80335 München, Bayerstraße 30

**Oberpfalz:** 93047 Regensburg, Haidplatz 1

**Mittelfranken:** 91522 Ansbach, Promenade 24

**Unterfranken:** 97082 Würzburg, Burkarder Str. 26

**Schwaben:** 86152 Augsburg, Kornhausgasse 4

**Niederbayern:** 93047 Regensburg, Haidplatz 1

**Oberfranken:** 95444 Bayreuth, Friedrichstraße 16



## Anlage zur Ausnahmegenehmigung zur Plakatierverordnung des Marktes Arnstorf

Wahlplakatierung durch die Partei „FDP“ zur Bundestagswahl 2021

### Auflagen:

- Die Plakate / Werbeträger dürfen nur in Arnstorf, Mariakirchen, Mitterhausen, Jägerndorf, Sattlern, Kemathen, Neukirchen, Hainberg, Geiselsdorf **innerhalb der geschlossenen Ortschaften (= innerhalb der gelben Ortsschilder)** aufgestellt / angebracht werden.
- **Keine Anbringung an Verkehrszeichen, Verkehrseinrichtungen, Ampelanlagen, Brückengeländern.**
- Die Plakate / Werbeträger dürfen die **Sicht an Kreuzungen und Einmündungen** (sowohl Einmündungen von Straßen und Wegen als auch Einmündungen von Grundstücksausfahrten), **Bushaltestellen und Fußgängerüberwegen nicht beeinträchtigen.**
- Die Plakate / Werbeträger sind ausreichend **standfest aufzustellen / zu befestigen** und gegen kippen, um-/ oder herunterfallen zu sichern. Zur **Befestigung** dürfen nur Materialien verwendet werden, die keine Schäden verursachen oder Rückstände hinterlassen (d.h. z.B. **keine Nägel, keine Klebebänder**).
- Der lichte **Mindestabstand** zum **Fahrbahnrand** der Straßen (auch Parkflächen) muss **0,75 m** (bei Hochborden mind. 50 cm) und zum Geh- oder Geh- und Radweg 0,25 m betragen.
- Die lichte Mindesthöhe bei Anbringung über Fahrbahnen muss 4,50 m betragen.  
  
Die lichte Mindesthöhe bei Anbringung über Gehwegen muss 2,25 m betragen.
- Im **Gehsteigbereich** muss eine **Mindestbreite von 1,50 m** freigehalten werden.
- Die Werbetafeln dürfen in Form, Farbe, Größe und Art der Anbringung nicht zu Verwechslungen mit Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen Anlass geben oder deren Wirkung beeinträchtigen.
- Eine Blendung des Verkehrs darf durch die Werbetafeln nicht hervorgerufen werden.

**Diese Auflagen sind strikt zu beachten.**

**Bei Nichtbeachtung werden die Plakate / Werbeträger sofort und kostenpflichtig durch den Markt Arnstorf entfernt.**

